

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Richtungswahl 07

Die 90er-Jahre waren schlechte Jahre für die Schweiz. Aufgepasst, dass wir nicht rückfällig werden.

Seite 4



Wer pflegt den Missbrauch?

Linke geben Geld den Frechsten statt den Schwächsten.

Seite 5



Prof. Hans Geiger im Interview

Der Staat hat die grossen wirtschaftlichen Sünden begangen, nicht die Wirtschaft.

Seite 13

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 2/2007

Linke und Faule als Komplizen

Nationalrat Caspar Baader

Seite 3

«Grosszügige» Rechtsprechung im Asylwesen

Nationalrat Luzi Stamm

Seite 7

SVP-Potenzial in der Deutschschweiz

Nationalrat Toni Brunner

Seite 9

Energiekollaps 2012?

Nationalrat Hans Rutschmann

Seite 11

Von Hausaufgaben und Leidensdruck

Nationalrat Hansruedi Wandfluh

Seite 12

Nein zur Einheitskrankenkasse

Ständerat Christoffel Brändli

Seite 14

Reklame

Internet-Auftritte
für SVP-Kandidaten,
Ortsparteien und KMU.
www.typo3start.ch
Schnell, einfach und
professionell.

Zuhause in allen Medien



ztp rint

ZOFINGER
TAGBLATT

ztonline WIGGERTALER

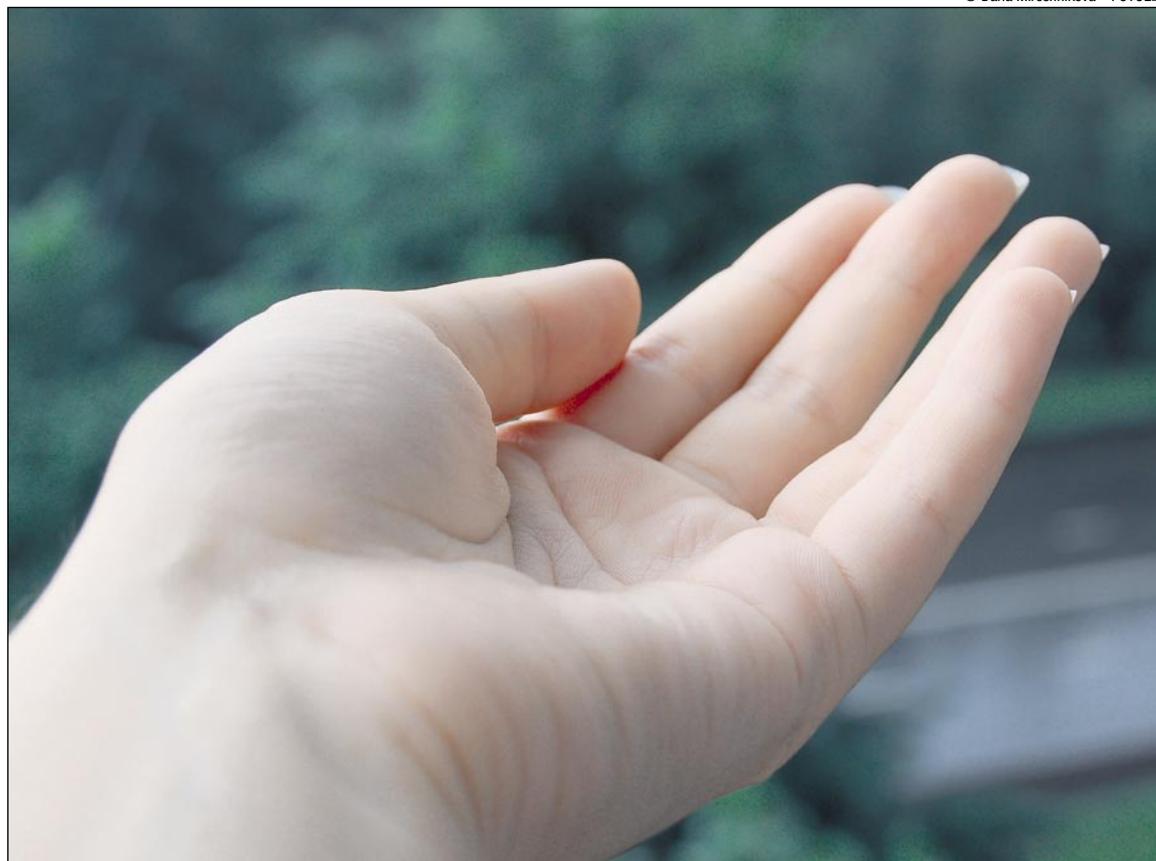
Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Linke und Faule machen die hohle Hand

Der systematische Missbrauch der Invalidenversicherung kostet uns Milliarden. Es klaffen Schuldenlöcher. Die Sozialwerke sind in Gefahr und die Hilfe an die wirklich Bedürftigen steht auf dem Spiel. Anstatt das Schmarotzertum zu bekämpfen, wollen es die Linken und Realitätsverweigerer jetzt sogar über eine Mehrwertsteuererhöhung finanzieren. Die SVP wehrt sich. SVP wählen heisst auch den Missbrauch bekämpfen.

Weiter Seite 5

© Daria Miroshnikova – FOTOLIA





STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlaagerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Roman S. Jäggi

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

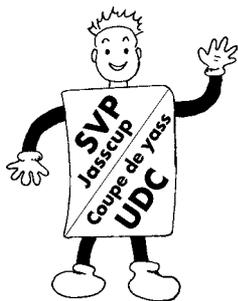
Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

zprint/ Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)



**7. Nationaler
SVP Jasscup mit
der SVP-Fraktion
sowie den
Jassexperten
Albert und Helen
Hagenbucher,
Humlikon**



7. Nationaler SVP Jasscup
Samstag, 24. Februar 2007 in der Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Samstag, 24. Februar 2007 in der

Beginn 10.30 Uhr / Dauer bis ca. 16.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Die Mehrzweckhalle befindet sich direkt
beim Bahnhof und bietet genügend Parkplätze

Organisation

SVP-Amtsverband Frutigen unter der Leitung von
Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen (BE)

Modus

Schieber mit zugelostem Partner
(vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse,
gewertet 36 Spiele)

Kartenart

Französische und deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie
eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
Mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen
Fr. 28.- Verpflegung (fakultativ):
Hauptgang, 1 Getränk, Dessert und Kaffee

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker,
SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle
Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“
sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie,
sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 7. Nationalen Jasscup an:

deutschschweizer Karten französische Karten egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 19, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail kuerschner@svp.ch

Nächste Termine

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort
23. Februar	Gem. Einladung	Sitzung des Fraktionsvorstandes Sitzung der SVP- Bundeshausfraktion	Frutigen BE
24. Februar	Gem. Einladung	Sitzung der SVP- Bundeshausfraktion	Frutigen BE
24. Februar	10.30 h	Jass-Cup	Frutigen BE
05. März bis 23. März	Gem. Traktandenliste	Frühjahrsession der eidg. Räte	Bern
11. März	Ganzer Tag	Eidg. Volksabstimmung	CH
16. März	Gem. Einladung	Sitzung des Leitenden Ausschusses Sitzung des Zentralvorstandes	Tessin
17. März	10.30 h	Delegierten- versammlung	Lugano

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den
Mittelstand. Sie erscheint monatlich in
einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem
Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig.
Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten
Sie über Telefon 031 300 58 58 oder
E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Caspar Baader, Präsident der SVP-Bundeshausfraktion

Linke und Faule als Komplizen



Zu Beginn der 90er-Jahre betrug die Ausgaben für unsere Invalidenversicherung noch vier Milliarden Franken jährlich. Dieser Betrag hat sich seither verdreifacht. Es werden heute jeden Tag mehr IV-Renten ausbezahlt, als überhaupt Geld dafür vorhanden ist. Deshalb kämpft die SVP für Einsparungen und die Ausschaltung der IV-Missbräuche. Aber Links- und Mitteparteien wollen die Mehrwertsteuer erhöhen und das Volk dafür bezahlen lassen, dass Hunderte, vielleicht Tausende von Scheininvaliden weiterhin leicht zu Geld kommen können. Weshalb haben Rentenbetrüger und Sozialschmarotzer eine derart starke Lobby im Bundeshaus?

Als Beatrice Breitenmoser, Sozialdemokratin und einstmalige IV-Chefin, vor einigen Jahren in der «Rundschau» von SF DRS erklärte, es sei

kein Missbrauch, wenn jemand das System geschickt für sich ausnutze, war das kein Ausrutscher, sondern ein Bekenntnis. Sie hat damit die Lebenshaltung der Linken kurz und bündig auf den Punkt gebracht: von der Gesellschaft, nicht für die Gesellschaft leben. Breitenmosers Rückenbedeckung für Sozialschmarotzer zeigt auf, was viele Schweizer schon lange denken: Egoismus. Linke und Faule verstehen es, auf Kosten anderer zu leben. In gegenseitiger komplizierter Verbundenheit spielen sie sich geschickt in die Hände. Milliardenbeträge werden dem arbeitenden Steuerzahler abgenommen und umverteilt. Die Faulen profitieren, die echten Behinderten und Benachteiligten werden einmal mehr übergangen. Der Mechanismus ist simpel: Je einfacher der Missbrauch der Sozialhilfe ist, je grosszügiger die Renten

zugesprochen werden, desto attraktiver wird die Rentnerkarriere. Und wenn die Zahl der IV-Rentner und Sozialhilfeempfänger steigt, muss der Verwaltungs- und Betreuungsapparat weiter ausgebaut werden. Als Beispiel sei die Sozialhilfe in der linksregierten Stadt Basel angeführt. Mit der sogenannten «Basler Antwort» reagierte sie im letzten Frühling auf die Diskussion über IV-Betrug. Sie fordert darin einen umgehenden personellen Ausbau der Sozialhilfebehörde als Reaktion auf die dramatisch angestiegene Nachfrage nach Renten. Weshalb die Linke Rentenbetrüger und Sozialschmarotzer verteidigt? Weil sie für ihre Pfründen kämpft.

In der Januar-Ausgabe von «SVP-Klartext» haben wir aufgezeigt, wie Rot-Grün die Schweiz in den letzten 15 Jahren Schritt für Schritt ins Abseits gedrängt hat. In der heutigen Nummer können Sie nachlesen, dass vorab die SP und die noch linken Grünen die Missbräuche im Sozialwesen, aber auch in der Ausländerpolitik, nicht nur zulassen und beschönigen, sondern bewusst fördern. Solchem Tun hat die SVP den Kampf angesagt.

Ihr Caspar Baader

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch. Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:
UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto:
80-2-2
Zu Gunsten Konto:
CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter:
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:
Parteizeitung SVP-Klartext)

Zottel wird Juristenfutter

Unserem Glücksbringer, Geissbock Zottel, und der SVP ist widerfahren, was immer mehr Bürgerinnen und Bürger in unserm Land privat oder geschäftlich erleben: man verhält sich korrekt und anständig, handelt nach bestem Wissen und Gewissen. Aber irgendwo in den zehntausenden von Gesetzesseiten gibt es eine Bestimmung, deren Existenz man nun wirklich nicht erraten kann.

Da ist also tatsächlich aus linken Kreisen eine Klage eingegangen gegen die SVP – «wegen Verwenden des Geissbocks Zottel zu Werbezwecken ohne Bewilligung». Das hat uns bass erstaunt. Wir hätten nie gedacht, dass ausgerechnet eine «Stiftung für das Tier im Recht» unseren liebevoll umsorgten Geissbock Zottel zu Juristenfutter verarbeiten will.

Natürlich hat die SVP eine Bewilligung für sämtliche Auftritte des Geissbocks Zottel im Wahljahr. Aber mit ihrer Klage und der damit verbundenen Publizität in allen Medien haben die Linken der SVP einen grossen Gefallen getan. Denn wer Geissbock Zottel bis dahin noch nicht gekannt hat, kennt ihn heute mit Sicherheit. Määäh ...!



Bundesrat Christoph Blocher

Richtungswahlen stehen an



Die 90er-Jahre waren schlechte Jahre. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache! Die Ausgaben des Bundes sind zwischen 1990 und 2002 von 31,6 Milliarden auf über 51 Milliarden angewachsen. In dieser Zeit haben sich die Sozialausgaben verdoppelt. Die Staatsquote ist in der gleichen Zeit um 20 Prozent gewachsen. Der Staat hat im Jahr 2002 bereits 38 Prozent des Bruttoinlandproduktes verschlungen! Auch die Steuerbelastung ist von 29,6 Prozent auf 34,6 Prozent gestiegen. Bezieht man noch alle Zwangsabgaben in die Rechnung ein, dann bleibt dem Steuerzahler heute weniger als die Hälfte seines Einkommens zur freien Verfügung!

In diesen Jahren hat der Staat jedes Mass verloren – auf Kosten der Bürger. Jeden nur erdenklichen Wunsch hat man mit zusätzlichen Steuerfranken finanziert. Gegen Missstände und Misswirtschaft hat man nichts unternommen. Im Gegenteil: Wer wie die SVP darauf hingewiesen hat, dass es im Asylbereich schief läuft, dass der Missbrauch in den Sozialwerken zunimmt und die Ausländerkriminalität immer weiter ansteigt, wurde an den Pranger ge-

stellt. Doch auch hier sprechen die Zahlen für sich. Seit 2003, seit dem Durchbruch der SVP auf Bundesebene, ist die Anzahl Asylgesuche von 23000 auf rund 10000 im Jahr 2006 zurückgegangen. Auch bei den Sozialwerken hat man die Missstände lange verleugnet. Während die Zunahme der IV-Fälle in den 90er-Jahren bei über vier Prozent jährlich stagnierte und 2002 sogar sieben Prozent überschritt, sinkt sie seit 2003 kontinuierlich ab. Mit der 5. IV-Revision können die Missstände weiter geregelt werden.

Seit 2003 haben wir einiges erreicht, aber es liegt noch viel Arbeit vor uns. Denn es gibt Kräfte, die die 90er-Jahre zurückbringen wollen. Unter dem Slogan «mehr Gerechtigkeit» verlangen sie höhere Staatsausgaben, zusätzliche Steuerbelastung

und Toleranz gegenüber Missständen. So unterstützen Linke und Grüne das Referendum gegen die IV-Revision, obschon heute offensichtlich ist, dass es sich bei den Missbräuchen nicht um Einzelfälle handelt. Zur Einheitskrankenkasse: Jede seriöse Berechnung zeigt inzwischen, dass damit der Mittelstand weiter ruiniert wird! Die neuste Idee von «Gerechtigkeit» kommt von den Grünen: Alle sollen ein Grundeinkommen erzielen, ohne dafür zu arbeiten! Bezahlen müssen das diejenigen, die Leistung bringen und zum Wohlstand und Wachstum unseres Landes beitragen. Das ist die Gerechtigkeit, die in den 90er-Jahren herrschte! Dafür, dass diese düsteren Zeiten nicht wiederkehren, müssen die Wahlen 2007 sorgen.

Ihr Bundesrat Christoph Blocher

Werbung

**Benzin sparen
+
Geld verdienen**



www.bmb.li

bmb@bmb.li

079 432 33 73

In Flumserberg (SG)
zu verkaufen

Ferienchalet

herrliche Aussicht, ruhige Lage,
gepflegter Ausbau, schnell aus
ZH erreichbar. CHF 795'000.--

Tel. 081 735 29 86

www.sidler-immo.ch

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20
Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Adrian Amstutz, Sigriswil (BE)

Geld für die Frechsten statt für die Schwächsten

Eine Bande von Mazedoniern stiehlt Autos und verursacht damit absichtlich Verkehrsunfälle; sie täuschen Schleudertraumata vor und erhalten staatliche Hilfe zugesprochen. Einer davon wurde unlängst verurteilt. Weit über eine halbe Million Franken an IV-Taggeldern und IV-Renten hatte er ergaunert («Tages-Anzeiger Online», 15. 1. 07). Oder: Eine Bankangestellte polnischen Ursprungs geniesst Strandferien, geht tanzen und lässt sich gleichzeitig arbeitsunfähig erklären. Auch sie leidet angeblich unter einem Schleudertrauma. Und auch sie kassiert ab: 1,5 Millionen Franken bekommt sie ausbezahlt («Weltwoche», 15/06, zit. nach Internet). Zwei Fälle so drastisch, so dreist, dass jüngst sogar die Presse darüber berichtete. Allerdings ist das nur die Spitze des Eisbergs.

Viele Rentenabzocker gehen weniger spektakulär, aber nicht weniger unverschämt vor. Darüber wird dann nicht gerne geschrieben, da wird verharmlost, da wird mit Wortklauberei und juristischer Spitzfindigkeit die Realität zerredet.

100 000 psychologische IV-Fälle

Dabei muss ein Blick auf die Zahlen der IV-Statistik 2006 aufrütteln: Im Januar 1997 betrug die Zahl der Bezüger von Invalidenrenten 173 000. Im Januar 2006 wurden bereits deren 299 000 ausbezahlt. Das bedeutet eine Zunahme um 47 Prozent! Weshalb dieser dramatische Anstieg? Untersucht man die Invaliditätsgründe, lässt sich die Frage leicht beantworten. Besonders stark ist die Anzahl der Rentenbezüger mit psychischen Problemen angewachsen; sie erreicht nun beinahe 40 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt heisst das: 100 000 Personen arbeiten wegen psychischer Probleme nicht oder nur



teilweise. Das sind 50 000 mehr als noch vor zehn Jahren. Eine ähnlich dramatische Zunahme ist bei Erkrankungen an Knochen und Bewegungsorganen festzustellen. Hier ist im selben Zeitraum eine Zunahme um fast 20 000 Rentner oder um über 50 Prozent zu verzeichnen. Es sind dies just beides Krankheitsbilder, in welchen eine präzise medizinische Diagnose unmöglich ist, denn Depressionen oder diffuse Schmerzen im Rücken oder in den Gelenken entziehen sich dem wissenschaftlich Fassbaren.

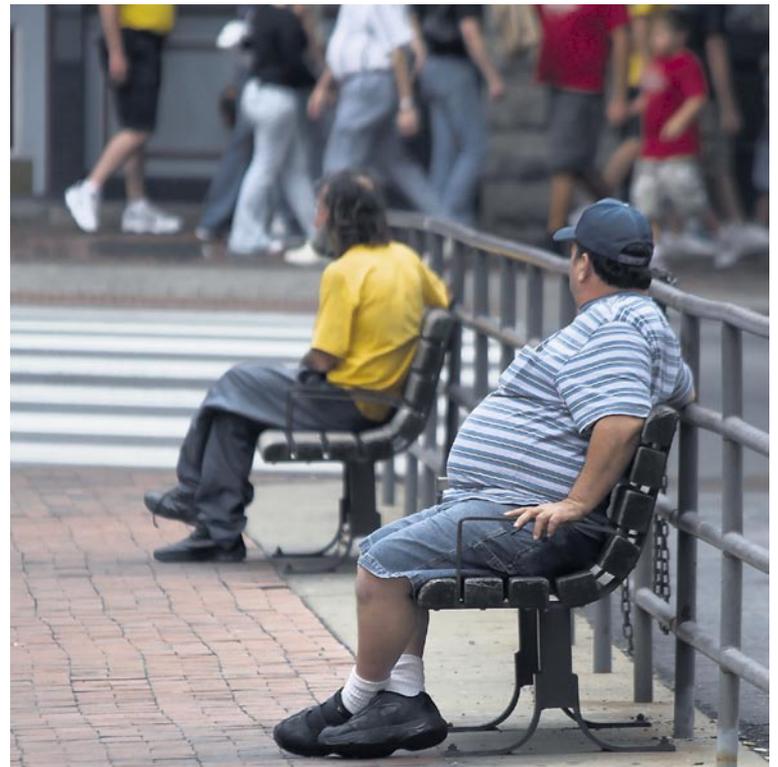
Missbräuche im grossen Stil

Die erhobenen Daten belegen klar, dass hier im grossen, im ganz grossen Stil Missbrauch betrieben, dass unsere Volksversicherung schamlos ausgebeutet wird. Das Eingeständnis

fällt den Systemverfechtern der Sozialindustrie freilich schwer, hiesse es doch der SVP recht geben, welche den Grossbetrug durch Scheininvaliden schon vor Jahren erkannt und thematisiert hat. Sie wählen stattdessen den Ausweg über klug tönende Fachbegriffe. Beschönigend wird von «Mischsachverhalt» oder «unklarer Kausalität» gesprochen, von einer Kombination von medizinischen und nicht medizinischen Faktoren, von familiären Stresssituationen, Integra-

tions- oder Sprachschwierigkeiten, die fliessend in diffuse Gemütsbeeinträchtigungen übergehen. Alles bleibt vage – ausgenommen die fürstlichen Rentenzahlungen der IV. Darum ändern weder gestelzte Begriffe noch gedrechselte Formulierungen etwas am schockierenden Befund: es gibt wachsende Bevölkerungskreise, welche die Invalidenversicherung als Honigtopf entdeckt haben und die auf Kosten derer leben, die arbeiten und Steuern bezahlen.

© Ernest Prim – FOTOLIA



AMSTUTZ ABPLANALP BIRRI AG
ARCHITEKTUR UND BAULEITUNG



Feldenstrasse
3655 Sigriswil
033 / 251 01 01

Bahnhofstrasse 2
3860 Meiringen
033 / 972 41 00

info@aabarch.ch

www.aabarch.ch



KLAR www.adrian-amstutz.ch

SP und Grüne verteidigen den Missbrauch

Dafür tragen die SP und die noch weiter links stehenden Grünen die volle politische Verantwortung. Sie sind nicht nur für die Verdreifachung der IV-Kosten innert 15 Jahren verantwortlich, sie tragen auch die Mitverantwortung für den offensichtlichen Missbrauch, indem sie totschweigen, verharmlosen und die

5. IV-Revision mit dem Referendum zu vereiteln versuchen.

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die systematische Plünderung unserer Volksversicherung umgehend unterbunden wird. Wir fordern deshalb, dass als Sofortmassnahme die 5. IV-Revision noch vor den Wahlen zur Abstimmung gebracht wird. Dies allein reicht jedoch nicht. Durch eine Anpassung der Leistungen, eine rigorose Verklei-

nerung des Bezückerkreises sowie die Anpassung der ins Ausland bezahlten Renten an die lokale Kaufkraft ist dem Missbrauch Einhalt

zu gebieten. Zu diesem Zweck ist nach der 5. Revision rasch eine wirklich umfassende 6. Revision einzuleiten.

Unglaublich, aber wahr:

Diese «Krankheitsbilder» wurden schon als IV-Gründe akzeptiert

Die Zusammensetzung der Invaliden zeigt, dass immer mehr psychische Ursachen eine IV-Rente nach sich ziehen. Eine Vielzahl neuer Krankheitsbilder dient als kaum überprüfbarer Einstieg in die Invalidität: **soziale Phobie, Internet-Sucht, erhöhter Cholesterinspiegel, Übergewicht, Menopause, Weichteilrheumatismus, Reizdarmsyndrom, Schlafstörungen, Verstopfungen, Burnout-Syndrom,**

Hyperaktivität, starkes Schwitzen, Entwurzelungssyndrom, psychosoziale Depression oder Vitaminmangel. Auch etwas für Sie dabei? Diese vielfältigen Möglichkeiten machen faktisch aus jedem Bürger einen potenziellen IV-Neurentner. Im Gegensatz dazu klagen echte und offensichtlich Behinderte immer häufiger über lange und extrem bürokratische sowie diskriminierende Entscheidungswege.

Auch solche Leute erhalten eine IV

Der Mann stammt aus dem Irak und lebt als anerkannter Flüchtling in der Schweiz. Er steht aber in Lugano vor Gericht. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, Mitglied in einer Schlepperorganisation gewesen zu sein, welche Kontakte

zur Terrorszene der Al-Kaida unterhielt. Während des Prozesses fiel er vor allem dadurch auf, dass er über die Schweiz schimpfte. Und ja: der Iraker bezieht eine volle IV-Rente, («Der Bund», 27. Januar 2007, S. 11).

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



«Grosszügige» Rechtsprechung im Asylwesen

In jüngster Zeit wird immer wieder betont, die Zahl der Asylbewerber habe stark abgenommen. Das stimmt auch. Bundesrat Christoph Blocher macht gute Arbeit. Doch die Erfolgsmeldungen haben einen Haken: Ein immer grösserer Prozentsatz der Asylbewerber wird als Flüchtlinge aufgenommen. Das zuständige Bundesamt wird immer «grosszügiger», die Anerkennungsquote verdreifachte sich in nur drei Jahren von 6,7 Prozent (2003) auf 19,5 Prozent (2006).

Darauf angesprochen weist das zuständige Bundesamt unter anderem darauf hin, es sei aufgrund der Rechtsprechung des höchsten Asylgerichts (der Asylrekurskommission [ARK], ab 1. Januar 2007 Teil des Bundesverwaltungsgerichts) gezwungen, eine large Praxis zu verfolgen. Mit anderen Worten: Die politische Linie von Bundesrat Blocher im Asylbereich, die im September 2006 vom Volk an der Urne deutlich bestätigt wurde, wird offenbar von bestimmten Beamten mit viel Spitzfindigkeit umgesetzt.

Beispiele wie die folgenden zeigen in der Tat, wie «grosszügig» die ARK geworden ist:

- Nationale Berühmtheit hat der Fall erlangt, bei welchem die Asylrekurskommission entschied, dass zwei Leute in der Schweiz verbleiben können, obwohl sie international wegen schwersten Verbrechen gesucht wurden; der eine davon sogar wegen wiederholten Tötungsdelikten (unveröffentlichter Entscheid im Herbst 2005).
- Ein Bleiberecht wird beim Vorliegen eines «subjektiven Nachfluchtgrunds» bejaht (vgl. EMARK 2005/7, Winter 2005). Das bedeutet, dass ein Asylbewerber in seiner Heimat gar nicht verfolgt sein muss; es genügt, wenn er sich nach Einreise in die Schweiz an politischen Aktionen gegen sein eigenes Land beteiligt.
- Nachdem in Deutschland das Gesuch eines Asylbewerbers rechtskräftig abgewiesen worden war,



Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil (AG), Präsident der Ausserpolitischen Kommission des Nationalrats und Mitglied der Kommission für Rechtsfragen

liess die ARK trotzdem ein neues Verfahren in der Schweiz eröffnen (Entscheid EMARK 2006/33, Herbst 2006). Wer in einem EU-Land abgewiesen wird, kann also

einfach in der Schweiz nochmals sein Glück versuchen.

- Die Mentalität der ARK zeigt sich in EMARK 2006/7 (Frühling 2006): Unser höchstes Asyl-Gericht liess als «Familienzusammenführung von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen» eine Frau einreisen, die sozusagen «per Fernkurs» verheiratet worden war. Die «Heirat» mit dem in der Schweiz weilenden Flüchtling war in Ägypten nämlich nur von den zwei Vätern durchgeführt worden, in Abwesenheit der Brautleute.

Selbstverständlich werden auch künftig «Wirtschaftsflüchtlinge» in die Schweiz strömen, wenn unser höchstes Gericht argumentiert, es sei für jemanden aus der Osttürkei nicht zumutbar, in die Westtürkei zu ziehen, weil er sich als Landwirt noch «nie ausserhalb seines Heimatdorfes aufgehalten hat. (...) Ohne

ein Minimum an Schulbildung oder beruflicher Bildung wird es (dem Asylbewerber) praktisch unmöglich sein, an einem andern Ort im Land eine Existenzbasis für seine Familie zu schaffen.» (Entscheid N 194 880)

Wo kommen wir hin, wenn wir auch alle nicht Verfolgten aufnehmen, die medizinische Gründe geltend machen, vom psychisch Bedrohten (an «chronifizierter Form posttraumatischer Belastungsstörung» leidend) bis zu demjenigen, der angeblich durch einen ablehnenden Entscheid krank geworden ist. In Entscheid N 184 869 ging es um ein Magengeschwür, welches beim Betroffenen drei Tage nach (!) Erhalt des negativen erstinstanzlichen Urteils aktuell geworden sei? Die ARK argumentierte in diesem Fall, das Magengeschwür sei Folge des Stresses, der mit der drohenden Rückschaffung verbunden war («un requérant souffrant d'ulcères en raison du stress lié à son renvoi»). Wenn der Betroffene an seinem Wohnort im Süden Ankaras eine neue Krise («une nouvelle crise») erleide, sei eine angemessene medizinische Verpflegung nicht mehr sichergestellt.

Die Rechtsprechung unseres höchsten Asylgerichts ist in geradezu verantwortungsloser Art und Weise «grosszügig». Hier wird Politik betrieben, statt dass die politischen Entscheide umgesetzt werden. Wird Bundesrat Blocher von linken Beamten/Asylrichtern gezielt daran gehindert, den Volkswillen im Asylbereich umzusetzen und die Missbräuche zu bekämpfen?

© photo-poster – FOTOLIA





..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr.	49.–
..... Expl.	Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück	Fr.	7.–
..... Expl.	Poloshirt <input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L)	Fr.	40.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 35 Kleber	Fr.	6.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	40.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Die schweizerische Neutralität

Die Neutralität der Schweiz wird heute in Frage gestellt. Der aussenpolitische Aktivismus von Bundesrätin Calmy-Rey wird mit Begriffen wie «aktive Neutralität» begründet, ohne Rücksicht auf das Ansehen der Schweiz und nur um der Medienaufmerksamkeit Willen. So fordert die Bundesrätin einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat, in welchem über Krieg und Frieden beschlossen wird. Sie brüskiert mit einseitigen Stellungnahmen, wie jüngst im Libanon-Krieg, demokratisch gewählte Regierungen und stellt damit unsere seit 1515 bestehende Tradition der integralen Neutralität in Frage. Neutral sein heisst, sich heraus zu halten. Seit der Veröffentlichung des aussenpolitischen Berichts 1993 setzt der Bundesrat alles daran, die Neutralität der Schweiz schrittweise auf einen rein rechtlichen Kern zu reduzieren. Auf einmal ist für den Bundesrat fast alles mit der Neutralität kompatibel! Sogar die aktive Teilnahme an «friedensersetzenden Massnahmen» der UNO (im Klartext: UNO-Kampfeinsätze!) sollen einer neutralen Haltung entsprechen. Wie soll die Schweiz neutral bleiben, wenn sie gleichzeitig an Kampfeinsätzen teilnimmt? Glücklicherweise ist es noch nicht so weit gekommen, doch wir sind auf dem Weg dazu, die Neutralität Schritt für Schritt zu verwässern. Einen traurigen Tiefpunkt hat der Stellenwert der Neutralität seit der Amtsübernahme von Bun-

desrätin Calmy-Rey erlitten – neuerdings reiht sich eine undifferenzierte Stellungnahme der Aussenministerin an die andere.

Die SVP fordert in einem Grundsatzpapier in sieben Punkten die Rückkehr der Schweiz zu ihrer über Jahrhunderte verfolgten Politik der integralen Neutralität:

1. Zurück zur integralen Neutralität als Grundlage für unser humanitäres Engagement!
2. Auf der Basis unserer integralen Neutralität müssen die guten Dienste wieder gestärkt werden!
3. Kein unüberlegter Aktivismus!
4. Keine weitere sicherheitspolitische Annäherung an die EU und die NATO!
5. Keine Auslandseinsätze der Schweizer Armee!
6. Keine Bewerbung um einen UNO-Sicherheitsratssitz!
7. Konsequenter Einbezug von Parlament und Kommissionen in die Aussenpolitik!

Die Neutralität muss täglich neu gelebt werden. Nur so kann der Kleinstaat Schweiz aus dem Fadenkreuz terroristischer Extremisten herausgehalten, die Bevölkerung wirksam geschützt und die Vorbildfunktion im Bereich des humanitären Völkerrechts ausgebaut werden.

Grundsatzpapier zur Neutralität zum Herunterladen:

www.svp.ch/file/070116-neutralitaet-d.pdf

ZUPPIGER & PARTNER Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich
 Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25
 E-Mail: info@zuppigerpartner.ch
www.zuppigerpartner.ch

Büro Hinwil:
 Bruno Zuppiger
 Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
 Telefon 044 937 34 57
 Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung

Nationalrat Toni Brunner (SG), Vizepräsident der SVP

SVP-Potenzial in der Deutschschweiz

Die SVP ist für die Wahlen im Oktober 2007 gerüstet und hat sich klare Ziele gesetzt. Wir wollen 100 000 neue Wählerinnen und Wähler gewinnen, alleine 70 000 davon in der Deutschschweiz. Dieses Ziel ist ambitiös – doch um unsere Politik in Bern auch in den kommenden Jahren durchzusetzen und weiterhin im Bundesrat mit unseren zwei Mitgliedern vertreten zu sein, müssen wir dieses Ziel unbedingt erreichen und die Wahlen gewinnen!



Toni Brunner, Wahlkampfleiter der deutschsprachigen Schweiz

Die Wahlen 2003 haben uns gezeigt, was ein Wahlsieg bewirken kann. Wir sind seither in doppelter Stärke im Bundesrat vertreten. Mit dem Einzug von Christoph Blocher in die Landesregierung hat die Schlendrian-Politik der 90er-Jahre endlich ein Ende gefunden (Schuldenwirtschaft, Kriminalität, Ausländergewalt etc.). Überall sind Erfolge spürbar. Aber es braucht noch mehr SVP, um die linke Politik weiter zurückzudrängen. Überall, wo die Linke regiert, ziehen die Leute weg. Jüngstes Beispiel ist die Stadt Basel. Diese verliert per saldo an Einwohnern. Die einzige Wohnbevölkerung, die dort noch wächst, ist die ausländische. Die Linke vertreibt

die Menschen mit ihrer verantwortungslosen Politik, weil sie den Leuten praktisch nichts mehr zum Leben lässt. Zu guter Letzt verursacht man noch mehrere Erdbeben und versetzt die Leute in Angst und Schrecken!

Starke Position weiter ausbauen

Daher ist der Zenit für die SVP noch lange nicht überschritten. Die SVP ist als einzige Partei in sämtlichen Deutschschweizer Kantonen konstant stark. Eigentliche SVP-Hochburgen sind die Kantone Schwyz und Thurgau, doch auch in den grossen Kantonen Zürich, Bern, Aargau und St. Gallen weist die SVP imposante Wähleranteile von 30 %

und mehr aus. Keine andere Regierungspartei ist in den bevölkerungsreichen Kantonen so konstant stark. Damit wir auch in den kommenden vier Jahren die grösste Partei bleiben, ist von allen SVP-Mitgliedern in den nächsten Monaten viel Arbeit gefordert. Wir wollen nicht auf dem Wähleranteil von 2003 verharren – nein, wir wollen zulegen und unsere Position als stärkste Partei weiter ausbauen. Dies gelingt jedoch nur mit dem Einsatz von allen, wir sind als Team gefordert. Der Glaube an den Sieg muss jeden Tag gelebt werden. Daher ist jedes SVP-Mitglied aufgefordert, bis zum Wahltag mindestens einen neuen SVP-Wähler an die Urne zu bringen. Im Familien-, Freundes- und Bekannten-

kreis müssen wir für die SVP werben und einstehen. Wenn jeder von uns einen neuen SVP-Wähler an die Urne bringt, haben wir das Wahlziel schon fast erreicht.

Diese Wahlen sind von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Wir kämpfen für einen Sieg – doch ohne speziellen Einsatz und professionelle Strukturen geht dies nicht. Die SVP als grösste Partei der Schweiz hat daher spezielle Wahlkampfstrukturen geschaffen. In der Deutschschweiz werden ich und Silvia Bär das Wahlkampfteam bilden – wir sind die direkten Ansprechpersonen für die Wahlen und freuen uns auf einen engagierten Wahlkampf mit Ihnen allen!

In den nächsten Monaten werden wir in der Zeitung «SVP-Klartext» fortlaufend aufzeigen, wie Kantonal- und Ortsparteien sowie Kandidaten ihren Wahlkampf optimal führen können und wie wir gesamtschweizerisch 100 000 neue Wähler gewinnen werden.



Die drei Wahlkampfleiter der SVP für das Wahljahr 2007, Nationalrat Yvan Perrin (links), Grossrat Eros Mellini (2. von rechts) und Nationalrat Toni Brunner (rechts) mit Parteipräsident, Nationalrat Ueli Maurer.

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN 

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
 translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Nein zum Bildungsbasar

Der Bundesrat will in den nächsten Jahren insgesamt 22 Milliarden Franken für die Bildung ausgeben. Für die Schweiz als ressourcenarmes Land ist Bildung ein wichtiges Gut. Doch die ohnehin schon hohen Wachstumsraten bei den Bildungsausgaben massiv zu beschleunigen, bringt keine besseren PISA-Ergebnisse. Das Schweizer Bildungssystem ist ineffizient und zu wenig auf die Bedürfnisse der Arbeitswelt und der Wirtschaft ausgerichtet. Wir geben dafür am meisten aus – und produzieren nur mittelmässige Schülerleistungen. Der Entscheid, die Mittel ohne Prioritätensetzung zu erhöhen, verhindert die dringend notwendigen und unbestrittenen Reformen des Bildungssystems.

In der Herbstsession in Flims steigerten sich die Parteien in einen regelrechten Bildungsbasar hinein. FDP, CVP, SP und Grüne reichten sechs fast identische Vorstösse ein, welche sich nur über die Höhe des Bildungswachstums (zwischen 6 und 10 Prozent) unterschieden. Aber die wichtigste Frage wurde nie diskutiert. Wie können wir unsere Bildungsqualität verbessern? Wie können wir erreichen, dass unsere Jungen bei PISA nicht mehr alt aussehen?

Die einzige Antwort der anderen Parteien lautet: Bildungsmittel erhöhen

à tout prix! – Denn jede Bildungsmittelerhöhung an sich ist schon positiv – ganz egal wie ineffizient sie nachher in den einzelnen Institutionen eingesetzt wird. Doch die Schweiz gibt heute schon am meisten Geld pro Schüler aus und die Resultate sind mittelmässig. Wir müssen uns daher Gedanken darüber machen, wo Prioritäten gesetzt und unsere Bildungsqualität verbessert werden kann. Der heutige Entscheid des Bundesrates, sich am überparteilichen Bildungsbasar zu beteiligen, ist umso bedenklicher, als in den

© Jerome Berquez – FOTOLIA



nächsten Jahren gewaltige finanzielle Verpflichtungen auf den Bund zukommen. So sind zahlreiche Sozialwerke unterfinanziert und die NEAT wird uns Milliardenlöcher in den Bundeshaushalt reissen. Daher muss jeder Steuerfranken – selbst im wichtigen Bildungsbereich – effizient verwendet werden.

Die SVP fordert, dass auch in der Bildungspolitik eine exakte Auslegeordnung vorgenommen wird. Mittelausschüttungen nach dem Giesskannenprinzip sollten der Vergangenheit angehören. Das kann sich die Schweiz nicht mehr leisten. Der Weg zurück an die Spitze der Bildungsrankliste muss über eine Effizienzsteigerung und nicht über eine Ausgabensteigerung führen. Bildung muss sich unter anderem auch an einer prosperierenden Wirtschaft messen lassen und muss die Bedürfnisse der Arbeitswelt erfüllen. Mit Geld alleine kann man die Probleme in unserem Bildungssystem nicht lösen.

Es ist Zeit für Holz



Sylvia Flückiger

«Wählen Sie Holz für Ihr Wohlbefinden und Ihre Gesundheit. Wir haben die perfekte Lösung auch für Sie.»

Holz, zeitgemäss und designorientiert; für natürliche, gesunde und angenehme Wohn- und Arbeitsräume.

Bei uns finden Sie Qualität, grosse Auswahl und kurze Lieferfristen.

Wir beraten Sie gerne, und freuen uns auf Ihren Anruf.



FLÜCKIGER HOLZ AG

Hobelwerk und Holzhandel
Badweg 4
5040 Schöffland

Telefon 062 721 40 55
Telefax 062 721 23 76
www.flueckiger-holz.ch



SVP VIP-Rabatt SVP MEMBER-Rabatt

Optimale Auswahl, dank 400 internationalen und nationalen Möbel- sowie Gesundheitsmatratzen-Fabrikanten. Im Quervergleich sind wir immer günstiger als die Konkurrenz. Testen Sie uns. Es lohnt sich.

17'000 m2 Möbel-Faszination

Verlangen Sie bitte unverbindlich Ihren SVP VIP-MEMBER Rabatt-Ausweis mit Bezugsquelle.

Möbel Generalagentur Holzegg, Postfach 258,
8052 Zürich, Telefon 044 301 10 76



ELPEX AG
Beitlachstrasse 141 • 2540 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 25 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.

Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Nationalrat Hans Rutschmann (ZH)

Energiekollaps 2012?

Bisher herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass wir ab dem Jahre 2020 in eine gravierende Stromlücke schlittern, wenn nichts unternommen wird. Kürzlich mussten die Behörden dieses Datum jedoch nach unten korrigieren.

Der Direktor des Bundesamtes für Energie wird im Dezember in der Zeitung «Le Temps» wie folgt zitiert: «Wegen des erhöhten Verbrauchs laufen wir Gefahr, dass uns in kalten Nächten des Winters 2012 Elektrizität fehlt.» Gleichzeitig schloss sogar der sozialdemokratische Energieminister, Bundesrat Moritz Leuenberger, wegen des drohenden Engpasses die Option Kernkraft nicht mehr aus.

Energie – Motor unserer Wirtschaft

Die Energieverknappung wird zu einer der grössten Herausforderungen der nächsten Zeit. Als Folge des weltweit zunehmenden Energieverbrauchs werden die Vorräte knapper, der Verteilungskampf wird härter und wohl zu einem grossen Teil auch über den Preis entschieden. Eine sichere Versorgung mit Energie ist für unser Land somit von existenzieller Bedeutung. Die Wirtschaft ist sowohl auf eine sichere wie auch auf eine kostengünstige Energie angewiesen. Sie darf deshalb weder künstlich verteuert werden noch auf einer allzu grossen Auslandabhängigkeit basieren. Für unser Land ist eine sichere Energieversorgung ein Standortvorteil, welchen andere Länder wie beispielsweise China oder Indien mit ihrem unstillbaren Energiehunger nicht bieten können.



Obwohl sich also in den nächsten Jahren grosse Schwierigkeiten für die Wirtschaft und die Bevölkerung abzeichnen, werden kaum konkrete Schritte unternommen, um dem Problem zu begegnen. Dabei müssten bereits heute die richtigen Weichen gestellt werden, um die sich abzeichnenden Engpässe in fünf, zehn oder 15 Jahren zu vermeiden.

Heute setzen wir grosse Hoffnungen auf die erneuerbaren Energien sowie auf die Energieeffizienz. Der vermehrte Einsatz von Wind- und Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse ist zu begrüßen. Hier macht die Technik auch laufend Fortschritte. Allerdings können diese Energieformen selbst bei einer massiven finanziellen Förderung maximal zehn Prozent des heutigen Stromver-

brauchs decken. Dies genügt jedoch nicht, um unser Energieproblem zu lösen. Wir brauchen alle verfügbaren Energieformen.

Energielieferungen als politisches Druckmittel

Bei der Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung ist es ebenfalls wichtig, dass wir uns nicht in eine all zu grosse Auslandabhängigkeit begeben. Diese Gefahr wurde uns in den letzten Wochen eindrücklich vor Augen geführt. So hat Russland wegen eines Konfliktes mit seinem Nachbarstaat Weissrussland Anfang Januar die Erdölaufuhr nach Westeuropa für kurze Zeit unterbrochen. Im Streit mit der Ukraine wurde die Gaslieferung als politische Waffe eingesetzt.

Handeln statt Grabenkämpfe

Die schweizerische Stromproduktion muss sich deshalb, wie bisher, hauptsächlich auf die Energieformen Wasser- und Kernkraft konzentrieren. Dabei werden wir kaum um den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke herumkommen. Dies führt jedoch bereits heute zu ideologisch geprägten Energiediskussionen und Verzögerungstaktiken, wie beispielsweise bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle. So ist es interessant zu beobachten, wie Rot-Grün eher einem Gaskombikraftwerk zustimmt, als ein bestehendes Kernkraftwerk zu ersetzen. Dies, obwohl ein einziges Gaskombikraftwerk mehr CO₂ ausstossen würde, als wir mit der gesamten CO₂-Abgabe zu reduzieren gedenken. Bis heute verfügt unser Land über eine weitgehend CO₂-freie Stromproduktion.

Zur Sicherung der Energieversorgung sind alle Sparmassnahmen und alle verfügbaren Energieformen notwendig. Es wäre schade, wenn wir aus einem falschen Konkurrenzdenken oder aus ideologischen Gründen auf den Einsatz irgendeiner Energieform verzichten würden. Vor allem müssen wir aber handeln, damit unser Land einer sicheren Zukunft entgegenblicken kann.

© Clausen – FOTOLIA



© Falk Bartels – FOTOLIA



Hansruedi Wandfluh, Nationalrat und Unternehmer, Frutigen (BE)

Von Hausaufgaben und Leidensdruck

Die Schweizer Wirtschaft zeigt zurzeit eine durchaus stabile Entwicklung. Doch es ist eine Binsenwahrheit, dass auf jeden Aufschwung wieder eine Konsolidierung oder gar eine rezessive Phase folgt. Ob diese durch das eigene Unvermögen eingeleitet wird, das anstehende Wachstum nicht zu bewältigen, oder ob externe Faktoren wie unvorhergesehene Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten, kriegerische Ereignisse etc. das auslösende Element für eine Abschwächung des Wachstums sind, ist sekundär. Wichtig bleibt, in guten Zeiten die Hausaufgaben zu machen, um in der Not über die Runden zu kommen. Dies gilt sowohl für die Politik wie auch für jede einzelne Unternehmung.

Der Leidensdruck für die meisten Unternehmen ist trotz der guten Konjunkturlage relativ hoch. Durch starken Wettbewerbsdruck sind sie gefordert, laufend zu rationalisieren und das Kostenniveau zu senken. Die Preise für Industriegüter sinken bei steigender Anspruchsmotivität der Kundschaft und übertriebenen Lohnforderungen der Gewerkschaften kontinuierlich. Denken wir nur daran, was ein Handy heute für ein technisches Wunderwerk darstellt, erhältlich für einen doch relativ bescheidenen Preis. Produzenten, die sich den Herausforderungen der laufenden Verbesserung nicht stellen, sind relativ schnell weg vom Markt. Das preisliche Mithalten auf dem Werkplatz Schweiz bedingt Topqualität, Rationalisierung und Wachstum.

Mangel an qualifiziertem Personal

Der zurzeit oft wachstumshemmende Faktor in der produzierenden Industrie ist der Mangel an qualifiziertem Personal. Trotz einer Lehrlingsquote von über zwölf Prozent können wir in unserer Firma den Bedarf an qualifizierten Berufsleuten nicht decken, weder in der Fabrikation noch in der Entwicklung. Ausgebildete Hydrauliker zu finden, bleibt normalerweise ein Wunsch. Jungen Leuten, die gute Berufsaussichten wünschen, müsste heute empfohlen werden, in technische Berufe einzusteigen, sei dies durch eine Berufslehre oder durch ein Studium.



Zu viel Regulierung hemmt

Der Leidensdruck in der Politik oder im Volk ist weit geringer als derjenige in der Industrie. Tief greifende Änderungen durchzuführen ist schwierig. Im Gegenteil, laufend werden neue Gesetze verfasst oder bestehende verschärft. Das soeben in der Wirtschaftskommission behandelte Finanzmarktaufsichtsgesetz ist ein typisches Beispiel für die Erhöhung der Regulierungsdichte, aber auch das neue Revisionsgesetz. Es belastet die Mittelbetriebe stark mit zusätzlicher Administration. Werden am Entwurf des Aktien- und Rechnungslegungsrechts nicht noch massive Verbesserungen angebracht, wird auch dieses eine bedeutende Mehrbelastung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit sich bringen. Von einer massiven administrativen Entlastung der KMU, dank einer revidierten Mehrwertsteuergesetzgebung, darf vorläufig noch geträumt werden.

Doch auch die staatliche Geldabschöpfung bleibt ein Ärgernis der Unternehmen. Die laufend steigenden Steuern, Gebühren und Abgaben sind in hohem Masse investitions- und rationalisierungshemmend. Geld, das vom Staat abgeschöpft wird, steht

nicht mehr zur Verfügung für Investitionen in neue Produkte, neue Märkte oder neue Betriebsmittel. Das Schweizervolk wird vermutlich in einer Referendumsabstimmung schon bald beweisen können, ob es die Kraft hat, die unsägliche Mehrfachbesteuerung der Unternehmensgewinne wenigstens teilweise zu mindern. Im Interesse der Werkplätze Schweiz hoffe ich auf die Weitsicht des Volkes.

Das Leben wäre für uns Unternehmer wesentlich einfacher, wenn auch in der Politik etwas mehr Leidensdruck vorhanden wäre und das Ausgeben von fremdem Geld nicht so leicht fallen würde.

© Alexander Ryabchun – FOTOLIA



Die Wirtschaft boomt



Prof. Dr. oec. publ. Hans Geiger

Tut sie das wirklich? «SVP-Klartext» fragte Prof. Dr. oec. publ. Hans Geiger. Er ist Ordinarius am Swiss Banking Institute der Universität Zürich und Ständeratskandidat der SVP Kanton Zürich.

Die Ökonomen der UBS haben die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2007 nach oben korrigiert. Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im laufenden und in den kommenden Jahren?

Der Schweizer Wirtschaft geht es fundamental gut, und auch die Konjunkturlage ist robust. Die Unternehmen sind gesund, die Inflation ist tief, ebenso die nominellen Zinsen. Der reale Wechselkurs des Schweizer Frankens liegt etwa auf dem Niveau des Jahres 2000, im Vergleich zum Euro ist er historisch gesehen günstig. Das Jahr 2006 dürfte mit einem Wirtschaftswachstum von gegen drei Prozent das beste seit Jahren gewesen sein. Für 2007 erwarte ich ein weiteres starkes Jahr, wenn vielleicht auch nicht ganz auf dem Wachstumsniveau von 2006.

Wächst die Wirtschaft, steigen die Zinsen, ist eine bekannte Regel. Bezahlen Schweizerinnen und Schweizer demnächst mehr für ihre Hypotheken?

Droht die Inflation in der Schweiz dauerhaft über zwei Prozent zu steigen, wird die Nationalbank die kurzfristigen Zinsen anheben. Die Inflation ist zurzeit tief, die gesunkenen Erdölpreise haben beim Rückgang der Teuerung eine

wichtige Rolle gespielt. Die Nationalbank rechnet für 2007 und 2008 mit noch tieferen Inflationsraten von unter einem Prozent. Somit dürfte sich ein allfälliger Zinsanstieg in engem Rahmen halten. Die meisten Hauseigentümer haben während der Periode extrem tiefer Zinsen mehrjährige Festhypotheken abgeschlossen. Allfällige Zinserhöhungen verzögern sich damit auf den Zeitpunkt der Fälligkeit der Kredite.

Die Schweizer Wirtschaft wächst, doch die Arbeitslosigkeit geht praktisch kaum zurück. Was läuft schief? Produzieren die Personenfreizügigkeit und der Zustrom billiger Arbeitskräfte etwa doch Arbeitslose in der Schweiz?

Wie die neuen Beschäftigungszahlen zeigen, hat sich die Konjunkturdynamik auf den Arbeitsmarkt übertragen. In der zweiten Hälfte 2006 sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Arbeitslosigkeit ist weiter zurückgegangen. Innert Jahresfrist hat die Zahl der Erwerbstätigen um rund 100 000 zugenommen. Für 2007 und 2008 rechne ich mit weiter sinkenden Arbeitslosenquoten: von durchschnittlich 3,3 Prozent für 2006 auf 2,9 Prozent und weniger für 2007 und 2008. Selbst Branchen mit relativ tiefem Lohnniveau, wie der Bau und die Hotellerie, befinden sich in einem Zustand der Vollbeschäftigung. Der Zuwachs ausländischer Arbeitskräfte, vor allem aus den alten EU-Ländern, hat das Wachstum der Schweizer Wirtschaft erhöht. Der Arbeitsmarkt hat den Zuwachs gut verdaut.

Welches waren die einschneidendsten politischen Entscheidungen der letzten Jahre, die die Schweizer Wirtschaft nachhaltig gehemmt haben oder noch immer lähmen?

Der Staat hat die grossen wirtschaftlichen Sünden begangen, nicht die Wirtschaft. Vor allem der Bund hat seit Anfang der 90er-

Jahre seine Ausgaben massiv erhöht und einen Schuldenberg angehäuft. Dabei sind nicht die produktiven Investitionen, sondern die Umverteilungszahlungen dramatisch angewachsen, namentlich im Bereich der sozialen Wohlfahrt. In keinem anderen europäischen Land ist die Staatsquote so rasch und stark angestiegen wie in der Schweiz. Damit hat das Land einen Vorteil, der seine Wirtschaftskraft während Jahrzehnten auszeichnete, innert wenigen Jahren geopfert.

Welche drei Trümpfe dürfen wir Schweizer Ihrer Meinung nach nie aus der Hand geben, um wirtschaftlich nicht abzurutschen?

Erstens muss auf der persönlichen Ebene die Selbstverantwortung nicht nur bewahrt, sondern wieder gestärkt

werden. Der Etatismus, der alles Gute und Nützliche vom Staat gefördert haben will, führt nicht nur zur Bevormundung des Bürgers, sondern auch zur Gefährdung des wirtschaftlichen Wohlstandes. Zweitens muss auf der politischen Ebene der Föderalismus gepflegt und vertieft werden. Je weiter oben im Staat eine Aufgabe angesiedelt ist, desto unsorgfältiger wird mit dem Geld umgegangen. Die Gemeinden und die Kantone stehen untereinander im Wettbewerb, und Wettbewerb ist im Staat ebenso gut wie in der Wirtschaft. Auf der monetären Ebene muss drittens die Unabhängigkeit der Nationalbank und des Schweizer Frankens gewahrt und behütet werden. Schweizer Franken und Nationalbank bilden einen zentralen Pfeiler unseres Wohlstandes.

Hotel Alpenblick Fieschertal
Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

SVP-HIT

Mit diesem Gutschein übernachten Sie zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@hone.ch

Walter Gurtner Der Schreiner
Ausstellung: Das Original

Schreinerei
Innenausbau
Reparatur- und Glasbruchservice

HÜSLER NEST
Das Schweizer Naturbett

4658 Däniken 062 291 13 82
www.schreiner-gurtner.ch
info@schreiner-gurtner.ch

Ständerat Christoffel Brändli (GR)

Nein zur Einheitskrankenkasse

Seit Jahren bemüht sich die SVP Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen gestoppt werden kann. Mit ihrer Prämiensenkungsinitiative hat sie den Weg vorgezeichnet, in welche Richtung es gehen muss: mehr Freiheit, mehr Selbstverantwortung, mehr Wettbewerb. Demgegenüber versucht die Linke nach dem Grundsatz «steter Tropfen höhlt den Stein» unser Gesundheitswesen zu verstaatlichen. Letztmals wurde ein ähnlicher Vorschlag vom Volk mit über 70% abgelehnt! Das Ergebnis kann nur wiederholt werden, wenn die Bürgerlichen geschlossen gegen die Linken antreten.

Was will die Initiative? Die Initiative verlangt die Einführung einer Einheitskasse für das ganze Land. Leistungserbringer (Ärzte, Spitäler usw.), Behörden und Organisationen der Versicherer sollen deren Leitung übernehmen. Die Prämien sollen durch eine neue Gesundheitssteuer ersetzt werden. Die ganze Umstellung soll innert drei Jahren erfolgen.

Die Annahme der Initiative hätte für uns im Wesentlichen folgende Auswirkungen:

Keine Wahlfreiheit

Wenn Sie mit Ihrer Versicherung nicht zufrieden sind, hätten Sie keine Möglichkeit mehr, die Versicherung zu wechseln. Auch die Wahlfreiheit, über höhere Franchisen und neue Versicherungsmodelle Selbstverantwortung wahrzunehmen und die eigenen Prämien zu senken, entfielen.

Massive Steuerbelastung für Mittelstand

Berechnungen haben gezeigt, dass für die Finanzierung einer Einheitskasse rund 15% zusätzliche Steuern vom Erwerbseinkommen erhoben werden müssten. Weil die Linke oben eine Plafonierung vorschlägt und untere Einkommen entlasten will, würde einmal mehr der Mittelstand die Zeche zahlen müssen.

Qualitätseinbusse

Die Kostenentwicklung müsste jährlich über Steuererhöhungen aufge-



fangen werden. Sofern diese Steuererhöhungen nicht akzeptiert werden, käme es in einer ersten Phase zu einer weiteren Verschuldung beim Staat und in einer zwei-

ten Phase müssten die Leistungen gekürzt werden. Bei der IV mit bald über 10 Milliarden Schulden sehen wir, wo die Rezepte der Linken hinführen.

Mehrkosten sind vorprogrammiert

Der Wegfall von Anreizen zur Kosteneindämmung sowie die Tatsache, dass staatliche Kassen (Militärversicherung, Suva, IV) weniger hart verhandeln als die privaten Krankenversicherer, würde zu einem massiven Kostenschub führen. Berechnungen haben ergeben, dass die Übernahme der staatlichen Tarife allein in Graubünden Mehrkosten von über 60 Mio. Franken verursachen würde!

Umsetzung schwer machbar

Der Umbau unserer Krankenversicherung zu einer Einheitskasse würde enorme Schwierigkeiten und Kosten verursachen. 8000–10000 Personen würden bei ihrem bisherigen Arbeitgeber ihre Stelle verlieren. Auch wenn die staatliche Kasse wieder gleich viel oder noch mehr «Beamten-Stellen» anbieten würde, muss davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsplatzsicherung für diese Personen sehr oft nur über einen Wohnortwechsel möglich wäre. Innert drei Jahren (!) müssten eine neue Gesetzgebung beschlossen und Büros und Informatiksysteme für über 8000 Personen bereitgestellt werden. Die Übernahme der bisherigen Struktur wäre nur zum Teil möglich, weil die heutigen Versicherungen weiterhin im Zusatzversicherungsgeschäft tätig sein werden.

Nein – die richtige Antwort

Die Initianten versuchen täglich mit neuen Ideen und Modellen noch zu retten, was zu retten ist. Es geht schon lange nicht mehr um die Sache, sondern um Imagepflege im Hinblick auf die Wahlen in diesem Herbst. Die SVP-Wählerinnen und -Wähler tun gut daran, auf diese Masche nicht hineinzufallen. Mit einer aktiven Reformpolitik in Richtung SVP-Initiative können wir demgegenüber das Ziel erreichen: ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen mit vernünftigen Prämien.

© Thomas Lammeyer – FOTOLIA



Ständerat Christoffel Brändli redet Klartext

Herr Ständerat, welches sind die wichtigsten Gründe gegen die Initiative?

Sie führt direkt zur Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens. Sie bringt einen Abbau der Selbstverantwortung, höhere Kosten und einen Qualitätsabbau. Der Staat bestimmt, die Versicherung ist nicht mehr frei wählbar.

Ist das heutige Finanzierungssystem sozial?

Ja. Heute werden 40% der Kosten einkommensabhängig, das heisst über Steuern, der Rest über Kopfsteuern finanziert. Personen mit tiefen Einkommen werden massiv über Prämienverbilligungen entlastet. Es macht keinen Sinn, dieses System über den Haufen zu werfen.

Wäre das System der Initianten nicht noch sozialer?

Eine vollständige Finanzierung über Steuern würde nur dazu führen, dass die Anspruchshaltung der Bevölkerung weiter zunähme und erst recht vom System profitiert werden will. Die heutigen Anreizsysteme (Franchise, neue Versicherungsmodelle und anderes) würden entfallen. Ohne Zweifel

wären damit erhebliche Kostensteigerungen verbunden. Über kurz oder lang müssten wie bei der überschuldeten IV Leistungskürzungen in Kauf genommen werden. Von einer Sozialversicherung könnte dann nicht mehr gesprochen werden.

Wie viele zusätzliche Steuern müsste man bezahlen?

Die Initianten vertreten die Auffassung, dass nach oben ein Plafond eingebaut werden muss und die unteren Einkommen weitgehend zu entlasten sind. Ein Ehepaar, das heute 100 000 Franken versteuert, würde neu mit rund 15 000 Franken belastet. Heute zahlt das gleiche Ehepaar – kantonall anders – durchschnittlich 7200 Franken an Prämien.

Was wäre demnach zu tun?

Wir müssen die eingeleiteten Reformen rascher vorantreiben und Fehlanreize eliminieren. Mit der SVP-Prämiensenkungsinitiative haben wir gute Karten in der Hand, diese Reformen in eine gute Richtung zu beschleunigen. Wir stehen hier aufgrund unserer Wahlversprechen in der Pflicht.

Eigenverantwortung statt Staatskultur

In den letzten Jahren ist eine immer stärker werdende Einmischung des Bundes im Kulturbereich zu beobachten. Gemäss Bundesverfassung liegt die Zuständigkeit jedoch bei den Kantonen. Der Bund hat nur subsidiär, also unterstützend, mitzuwirken. Die staatlich geförderte Kultur ist kein geschütztes Biotop. Es gelten die gleichen Regeln wie in der Privatwirtschaft. Mit den vorhandenen Mitteln ist haushälterisch umzugehen. Es braucht im staatlich geförderten Kulturbereich mehr Eigenverantwortung statt Staatskultur. Die SVP fordert eine Konzentration der Bundeskulturförderung auf eine Verwaltungseinheit sowie mehr privatwirtschaftliches Engagement der Kulturschaffenden.

In der Kulturpolitik des Bundes mischen definitiv zu viele Akteure mit: Bundesamt für Kultur, Stiftung Pro Helvetia, Kompetenzzentrum für Kultur-Aussenpolitik, Präsenz Schweiz und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit. Die SVP verlangt eine konsequente Straffung der Organe und Aufgaben in der Bundeskulturpolitik. Staatlich betriebene Kulturpolitik führt nämlich oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur gezielt unterstützen, die ihnen politisch am ehesten entspricht. Im Gegenzug lassen sich viele Kulturschaffende von linken Parteien für politische Kampagnen, Paro-

len und Wahlkomitees einspannen. So kommt es zu Mauscheleien und korruptionsähnlichen Zuständen: Der linke Politikuchen unterstützt den linken Kulturkuchen – und umgekehrt.

Die SVP lehnt eine Vermischung der Kulturpolitik mit anderen Absichten und Aufgaben (u.a. Friedensförderung, Massnahmen gegen Illetrismus (Schreibe- und Leseschwäche), Integration fremdländischer Kulturen etc.) strikte ab. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten hat sich aus dem Kulturbereich zurückzuziehen und sich auf die eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Die SVP verlangt, dass das Unternehmertum im Kulturbereich gefördert wird. Kulturschaffende müssen vermehrt selbständig in der Kulturszene agieren, für ihre Projekte Gelder bei privaten Investoren (Mäzenen) und Firmen generieren und selbsttragend oder auch mit Gewinn arbeiten. Der Markt und die Qualität der einzelnen Projekte sollen über deren Erfolg bestimmen, nicht irgendwelche persönlichen Beziehungen zu Geldgebern in Bundesbern. Ausbau und Förderung privater Investitionen sind durch eine steuerliche Entlastung des Mäzenatentums unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Lesen Sie das neue Kulturpapier der SVP im Internet unter www.svp.ch/file/070201-kulturpapier-d.pdf

Eine Leserreaktion zur letzten Ausgabe von «SVP-Klartext»:

Auf der Titelseite des letzten «SVP-Klartext» war ein Foto mit Chaoten abgebildet. Zu sehen war auf dem Bild auch ein silbriger Volvo. Nicht irgendein Volvo – sondern meiner. Ich war an besagter Delegiertenversammlung der SVP als Delegierter anwesend. Was auf dem Foto nicht zu sehen war: Die linksextremen Chaoten bewarfen meinen Wagen mit faustgrossen Steinen. Auch andere Autos wurden beschädigt. Es wäre für mich im Steinhagel lebensgefährlich gewesen, mei-

nen Wagen in Sicherheit zu bringen. Der Schaden am Volvo betrug 13 000 Franken. Davon wurde nur ein Teil durch die Versicherung gedeckt. 6500 Franken musste ich selber bezahlen und der «Bonus» auf der Versicherung ist natürlich dahin. Von den Linksextremen hingegen wurde bisher niemand zur Rechenschaft gezogen. Die SVP hat recht. Rot-Grün zerstört die Schweiz. Ich habe es schmerzlich erfahren müssen.

Thomas Dengler, Nuglar

Aus dem Kanton Zürich

Ständerat: Hans Geiger nominiert

Prof. Dr. oec. publ. Hans Geiger ist Ständeratskandidat der SVP im Kanton Zürich. Die Kantonalpartei nominierte ihn am 6. Februar als Nachfolger des auf Ende Legislatur zurücktretenden Ständerats Hans Hofmann. Hans Geiger ist Or-

dinarium am Swiss Banking Institute der Universität Zürich. «SVP-Klartext» gratuliert zur Nomination und wünscht viel Erfolg im Wahlkampf. Ein Interview mit Prof. Hans Geiger ist auf Seite 13 dieser Zeitung zu lesen.

WAHL- FREIHEIT AUFGEBEN?

**NEIN
DANKE!**

11. März 2007

